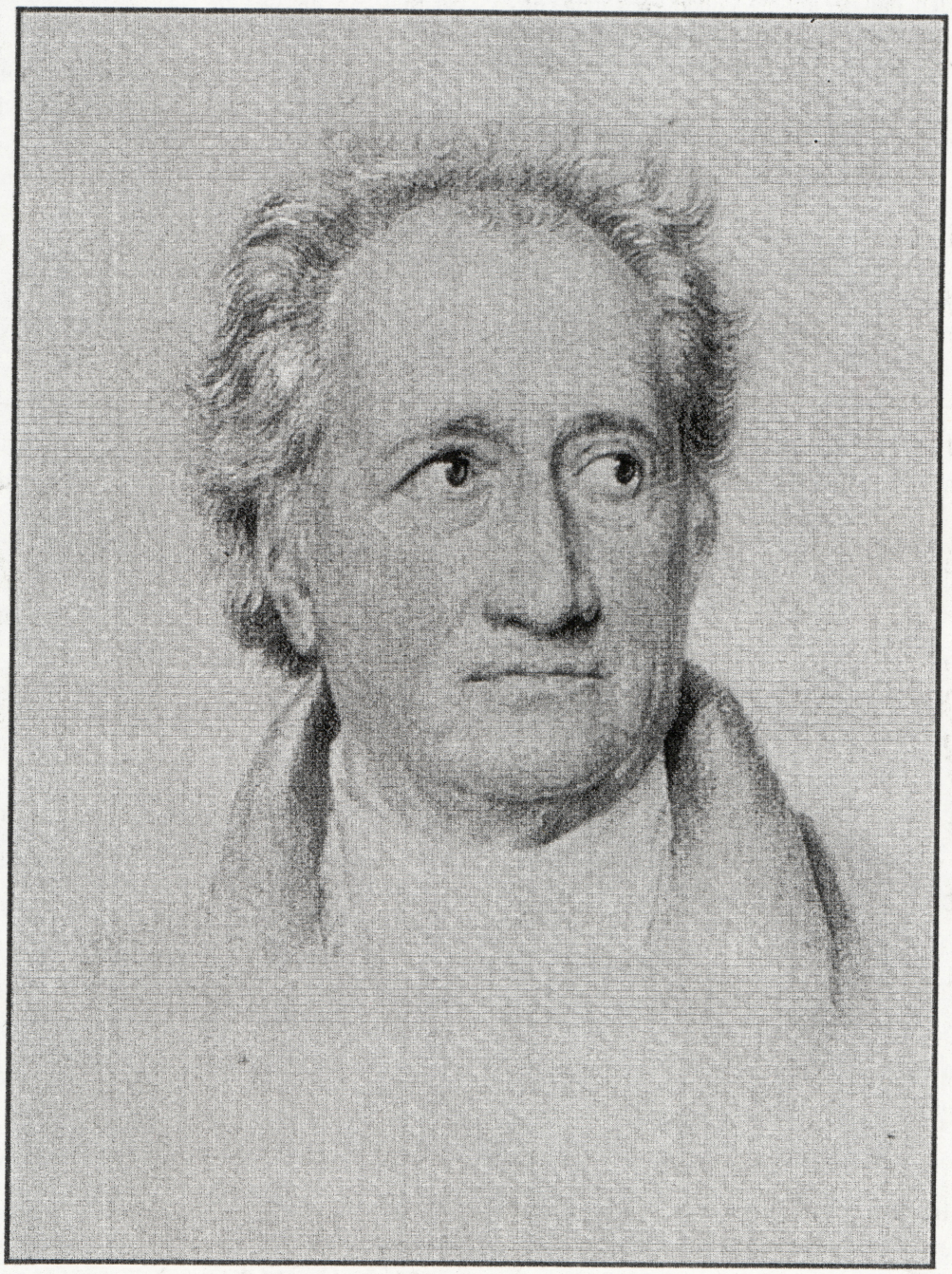
Huttenbriefe

für Volkstum, Kultur, Wahrheit und Recht

21. Jahrgang | Dezember 2003 | Folge 6



Johann Wolfgang von Goethe

(1749–1832)

Wintersonnenwende

Sinnbild des Kampfes ums Leben.

Unser Geistestitan Johann Wolfgang von Goethe warnte vor den alle Werte niederreißenden Wahnideen der Französischen Revolution von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, wenn die "Befriedigung verworrener Wünsche" nichts mehr unterscheiden würde, "wir alle, von einem Strom vermischt" uns in einem alle Völker und Kulturen vermengenden "Ozean" verlören. Sein die Geschehnisse durchdringender Geist mahnte zum Widerstand und richtete den Blick auf das heilige Band, das zu erhalten uns alle in Treue vereinen sollte, das Vaterland.

Er konnte nur ahnen, daß der auf die Völker gerichtete Giftstrahl zu jahrhundertelangen geistigen und machtpolitischen Kämpfen führen würde, die bis in unsere Tage andauern.

Der Dreißigjährige Krieg des vergangenen Jahrhunderts mit dem vernichtenden Angriff auf das Deutsche Reich und Europa ist nur ein Teil dieses gesamten Geschehens.

Der Kampf, der bereits über zwei Jahrhunderte währt und dessen Entscheidung erst im 21. Jahrhundert fallen wird, ist ein gigantischer. Er findet auf allen Ebenen statt, und auch der Einzelne ist hineingestellt in die größte Auseinandersetzung, die der Mensch unserer Erde jemals zu bestehen hatte, – mag er sich dessen auch noch nicht bewußt sein –, zwischen der Erkenntnis des menschlichen Geistes, daß Natur- und Lebensgesetze die Ordnung der Erde in ihrer millionenfachen Vielfalt bewirken, und der abgrundtiefen Verworrenheit menschlicher Gehirne, diese gewachsene Ordnung zerstörerisch zu durchbrechen und zu mißachten.

Das ist, auf den kürzesten Nenner gebracht, die die Ereignisse der letzten 200 Jahre bewirkende Frontstellung: Hie Leben und Bewahrung seiner gewachsenen Werte – dort lebensfeindliche Willkür und Gewalt zu ihrer Zerstörung. Das ist der Maßstab, der uns die Unausweichlichkeit des Kampfes ins Bewußtsein rufen muß.

Wer kürzer sieht, verirrt sich im Labyrinth eines Denkprozesses, der keine Antwort auf die Frage nach dem Warum und Wohin findet.

An der Wende des Jahres empfangen wir darum den Sinngehalt der festlichen Zeit des siegenden Lichtes als Offenbarung des Lebens, das seinen Bestand nur im ewigen Kampf aus dem Brunnen der Ewigkeit schöpft.

Lisbeth Grolitsch

Aufrecht und unbeirrt in dieser Zeit grüßen wir alle unsere Freunde, unsere Mitglieder, Bezieher und Leser, die gleichen Sinnes sind, den Kampf um die Freiheit unseres Volkes und Europas für Kind und Kindeskind fortzusetzen und wünschen Gesundheit, Kraft und Lebenswillen.

Ihre

Deutsches Kulturwerk * Huttenbriefe * **Freundeskreis Ulrich von Hutten**

O diese Zeit...!

Erhebt euch denn und stellt euch neben mich,
Ins Chor der Treuen, die an meiner Seite
Das Rechte, das Beständige beschützen.
O diese Zeit hat fürchterliche Zeichen:
Das Niedre schwillt, das Hohe senkt sich nieder,
Als könnte jeder nur am Platz des andern
Befriedigung verworrner Wünsche finden,
Nur dann sich glücklich fühlen, wenn nichts mehr
Zu unterscheiden wäre, wenn wir alle,
Von einem Strom vermischt dahingerissen,
Im Ozean uns unbemerkt verlören.
O laßt uns widerstehen, laßt uns tapfer,
Was uns und unser Volk erhalten kann,
Mit doppelt neuvereinter Kraft erhalten!
Nun bist du, Boden meines Vaterlands,
Mir erst ein Heiligtum, nun fühl' ich erst
Den dringenden Beruf, mich anzuklammern.
Ich lasse dich nicht los, und welches Band
Mich dir erhalten kann, es ist nun heilig.

Johann Wolfgang von Goethe

(Inschrift auf einem von Fritz Schaper geschaffenen Goethe-Denkmal am Ostrand des Tiergartens in der Reichshauptstadt Berlin, enthüllt am 2. Juni 1880.)

Vor 60 Jahren:
Ein Saufgelage auf der Konferenz von Teheran

"Meilenstein in der Vorwärtsentwicklung der Menschheit"

Mit welchen Unterstellungen, Lügen und Verleumdungen die Westalliierten vor und während des 2. Weltkrieges gegen Deutschland arbeiteten, hat einer ihrer Hauptagitatoren, Sefton Delmer, in seinem 1962 in Hamburg erschienenen Buch "Die Deutschen und ich" mit dankenswerter Offenheit eingestanden. Sein dort wiedergegebenes Propaganda-Rezept lautete: *"Jeder Griff ist erlaubt, je übler, um so besser, Lügen, Betrug – alles!"* (S. 590.)

An dieses Rezept hielt sich auch US-Präsident Franklin Delano Roosevelt, als er beispielsweise am 28. Oktober 1941, also noch vor Beginn des Schießkrieges zwischen den USA und den Achsenmächten, in einer Rede behauptete, daß seine Regierung im Besitz einer *"von der Reichsregierung hergestellten geheimen Landkarte von Mittel- und Südamerika"* sei, aus der hervorgehe, daß das Dritte Reich den ganzen südamerikanischen Kontinent unter seine Herrschaft bringen, den Panama-Kanal besetzen und aus den 14 Ländern dieses Raumes 5 neue von ihm abhängige Staaten bilden wolle. Dieselbe Rede enthielt ferner die Behauptung, daß die US-Regierung im Besitze eines zweiten von der Reichsregierung verfaßten Dokumentes sei, das den Plan enthalte, sämtliche Weltreligionen abzuschaffen und der gesamten Menschheit den Glauben an Gott zu verbieten. Die Bibel, so verrate dieses "Dokument", solle durch Hitlers *"Mein Kampf"* ersetzt und alle Welt gezwungen werden, in einer *"internationalen nationalsozialistischen Kirche"* künftig den Führer der Deutschen anzubeten.

Am 7. Dezember 1941 erfolgte bekanntlich der japanische "Überfall" auf Pearl Harbor, der die USA, wie es in der heutigen "volkspädagogisch willkommenen" Geschichtsschreibung heißt, nicht nur "völlig überraschte", sondern sie auch "zum aktiven Eingreifen auf Seiten der Alliierten zwang". Dabei wird nicht nur die von ständigen US-Provokationen erfüllte Vorgeschichte dieses sogenannten Überfalls ausgeblendet, es wird auch unterschlagen, was Roosevelt tatsächlich damit bezweckte. Laut Churchill, der nach seiner Begegnung mit dem US-Präsidenten im August seinem Kriegskabinett darüber Bericht erstattete, hatte dieser ihm anvertraut, daß er zum Kriegseintritt fest entschlossen sei und daher seiner Flotte bereits die Anweisung gegeben habe, jedes deutsche U-Boot, das sich zeige, sofort anzugreifen. Auf solche Weise wolle er, Roosevelt, *"einen Zwischenfall provozieren, der einen Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg rechtfertigen könne"* (Vgl. "Neue Zürcher Zeitung", Nr. 3 – Mittagsausgabe – vom 3. Januar 1972). Erst als von deutscher Seite eine Reaktion auf seine Provokationen ausblieb, ließ er es auf eine Konfrontation mit den Japanern ankommen und wählte damit den pazifischen Raum als Hintertür für seinen Kriegseinstieg.

Wer sich heute gelegentlich über die seltsamen Phantasieprodukte anglo-amerikanischer Kriegspropaganda wundert, – sie läuft ja seit dem 11. September 2001 wiederum auf vollen Touren –, zeigt damit nur, daß ihm wesentliche Einblicke in zeitgeschichtliche Zusammenhänge fehlen. Denn das, was wir heute aus dem Munde von George W. Bush und Co. vernehmen, entspricht durchaus langjähriger Tradition. Und was der Historiker Dirk Bavedamm im Prolog seines Buches "Roosevelts Krieg. Amerikanische Politik und Strategie 1937–1945" (Herbig 1998, 2. Aufl.) in anderem Zusammenhang erwähnt, nämlich daß Roosevelt *"seit einem halben Jahrhundert der Lehrmeister aller amerikanischen Präsidenten gewesen"* sei (S. 8), das trifft zweifellos auch für das hier berührte Thema Kriegspropaganda zu.

Auf welches Primitiv-Niveau sich "Lehrmeister" Roosevelt dabei bereits im Jahre 1937 begab, zeigt uns jene "Botschaft", die er am 15. April jenes Jahres an Adolf Hitler richtete. Daß dieser neben der bereits begonnenen Revision des Versailler Diktatfriedens und der Durchsetzung des dem Deutschen Volk von den Siegern des 1. Weltkrieges vorenthaltenen Selbstbestimmungsrechts noch ganz andere und viel weiter reichende Ziele im Auge habe, genauer gesagt die Welteroberung plane, stand für Mr. Roosevelt fest und erlaubte ihm daher, vom deutschen Reichskanzler eine Zusicherung zu verlangen, daß dessen Streitkräfte die *"Staatsgebiete oder Besitzungen"* einer Reihe von *"unabhängigen Nationen"* (Roosevelt führte sie in seiner Botschaft namentlich auf) nicht angreifen und auch nicht durchmarschierend verletzen würden. Roosevelt wünschte zudem, daß ihm diese Zusicherung für die Dauer von *"mindestens zehn Jahren"*, noch besser aber gleich für *"ein Vierteljahrhundert"* gegeben werde.

Unter den von ihm in besagter Botschaft erwähnten *"unabhängigen Nationen"* (es waren genau 31 an der Zahl), deren Staatsgebiete z.T. weit außerhalb des europäischen Kontinents lagen, fand sich an letzter Stelle auch der Iran. Und just dorthin war genau am selben 15. April 1937 aus Berlin eine Sonderdelegation abgereist, doch nicht, wie der US-Präsident befürchtete, um iranisches Staatsgebiet zu "verletzen", sondern um an

der Trauung des iranischen Kronprinzen Mohamed Reza Pahlevi mit der ägyptischen Prinzessin Fawzieh teilzunehmen. Denn Deutschland besaß zu jenem Zeitpunkt mit dem Iran enge freundschaftliche Beziehungen. Der deutsch-iranische Handel hatte sich bereits in den vorausgegangenen Jahren zu beider Länder Nutzen gut entwickelt. In der Außenhandelspolitik des Irans nahm das Deutsche Reich sowohl bei der Ein- wie auch bei der Ausfuhr den zweiten Platz ein. Der Rohstoffbedarf des Deutschen Reiches und der Industriegüterbedarf des Irans ergänzten sich bestens. Fast drei Jahre später, am 5. September 1939, unmittelbar nach der englischen und französischen Kriegserklärung an Deutschland, erklärte der Iran seine Neutralität und konnte sie zunächst auch, wie ihm von deutscher Seite bescheinigt wurde, einwandfrei wahren. Doch der Angriff seiner Feinde ließ nicht lange auf sich warten. Ende August 1941 mußte das Land den Widerstand gegen die Sowjetunion und England, von deren Truppen es gleichzeitig überfallen wurde, aufgeben. Spätestens jetzt, als es auf iranischem Boden zum Brückenschlag zweier sich mit Deutschland im Kriegszustand befindender Mächte kam, zeigte es sich, daß Adolf Hitler für die Roosevelt-Botschaft vom April 1937 der falsche Adressat gewesen war. Nicht deutsche Streitkräfte hatten iranisches Staatsgebiet betreten und damit verletzt, sondern die Streitkräfte jener beiden Länder, denen der US-Präsident nicht nur wohlwollend zugetan war, sondern die damals bereits seine volle militärische Unterstützung empfingen. Von der fremden Besatzungsmacht gezwungen, mußte der Iran schließlich 1943 auf Seiten der Alliierten sogar selbst am Krieg gegen Deutschland teilnehmen.

Im selben Jahr, vom 28. November bis 1. Dezember 1943, fand in seiner Hauptstadt Teheran jene berüchtigte Konferenz statt, bei der zwischen Stalin, Roosevelt und Churchill erstmals gemeinsam über die Behandlung eines besiegten Deutschlands beraten wurde. Nach dem Bericht von Franklin D. Roosevelts Sohn Elliott, der an dieser Konferenz teilgenommen hatte und seine Aufzeichnungen darüber in dem 1946 in New York erschienenen Buch "As He Saw It, Duell, Sloan and Pearce" an die Öffentlichkeit brachte, erhob sich Stalin während eines gemeinsamen Banketts mit seinem bereits wiederholt nachgefüllten Wodkaglas zu folgendem Trinkspruch:

"Ich schlage vor, wir trinken auf die schnellstmögliche Bestrafung aller deutschen Kriegsverbrecher – Bestrafung durch ein Hinrichtungskommando. Ich trinke auf unsere Einigkeit, sie so schnell zu erledigen, wie wir sie gefangennehmen, allesamt, und es gibt mindestens 50.000 davon."

Jahre später sah sich Churchill in seinen "Erinnerungen" zur Richtigstellung genötigt, Stalin habe nicht Kriegsverbrecher, sondern *"Offiziere und Techniker"* gemeint. Würde man diese erschießen, so Stalin nach Churchills Darstellung, *"wäre Deutschlands militärische Stärke ausgerottet"*. Doch wie dem auch sei, sowohl den Aufzeichnungen des Präsidentensohnes als auch Churchills eigenen "Erinnerungen" ist zu entnehmen, daß er sofort nach Enthüllung von Stalins blutrünstigem Plan heftig dagegen protestiert habe. Wenn zutrifft, was Elliott Roosevelt darüber festhielt, so tat Churchill dies mit den Worten: *"Das englische Volk wird solchen Massenmord niemals zulassen! Ich lehne es ganz entschieden ab, irgend jemanden, ob Nazi oder nicht, summarisch einem Hinrichtungskommando zu überantworten, ohne ein reguläres gesetzmäßiges Gerichtsverfahren."*

Um die Situation vor drohender Disharmonie unter seinen Verbündeten zu retten, sah sich der Präsident der Vereinigten Staaten in diesem Augenblick in die Rolle eines Vermittlers gedrängt. *"Verstohlen lächelnd"*, wie sein Sohn bemerkte, warf er ein: *"Vielleicht sollten wir uns, statt 50.000 summarisch hinzurichten, auf eine kleinere Anzahl einigen. Sagen wir 49.500?"* Doch Stalin, ohne auf diesen "humorvoll" vorgebrachten Kompromißvorschlag einzugehen, wandte sich nun an Elliott mit der Frage nach dessen Meinung und bekam von diesem zu hören:

"Ist das Ganze nicht eine ziemlich akademische Frage? Für die meisten dieser 50.000 werden die russischen, amerikanischen und britischen Soldaten diesen Punkt auf dem Schlachtfeld regeln, und ich hoffe, daß das Schicksal nicht nur die 50.000 Kriegsverbrecher ereilt, sondern noch viele hunderttausend Nazis außerdem."

Dem Sowjetdiktator war die Genugtuung nach diesen Worten ins Gesicht geschrieben. *"Stalin strahlte vor Vergnügen"*, berichtet Roosevelt jun. und fährt fort: *"Er kam um den Tisch und legte einen Arm um meine Schultern. Eine ausgezeichnete Antwort! Er trank auf mein Wohl. Ich errötete vor Freude..."*

Es stellt sich hier natürlich die Frage, warum Churchill auf Stalins Trinkspruch in der geschilderten Weise reagierte? *"Er war"*, nach der Beobachtung von Elliott Roosevelt, *"bitterböse und nicht zu Späßen aufgelegt"*. Churchills vor Stalin zur Schau gestellte Entrüstung und sein auf das Teheraner Zusammentreffen beschränkter Sinneswandel ist in der Tat bemerkenswert, denn sowohl vorher als auch nachher zeigte er sich "summarischen Hinrichtungen" und organisierten Blutbädern an und unter seinen Feinden durchaus nicht abgeneigt. Hatte er doch bereits am 27. April 1941 in einer Rundfunkansprache in bekanntem antideutschen Jargon erklärt:

"Es gibt weniger als siebzig Millionen bösartiger Hunnen – einige davon sind zu heilen, die anderen umzubringen."

Gegenüber seinem Luftmarschall Harris begründete er den im Februar 1945 an die Royal Air Force (RAF) ergangenen Befehl, das Massaker von Dresden zu ver-

(Fortsetzung auf Seite 12.)

Buchbesprechung:

Walter Post

"Die Ursachen des Zweiten Weltkrieges.

Ein Grundriß der internationalen Diplomatie von Versailles bis Pearl Harbor",

Grabert-Verlag, Tübingen 2003, 671 Seiten, 25,50 Euro.

Dieses Buch ist eine ausführliche und sehr weit gespannte Darstellung der Vorgeschichte des 2. Weltkrieges von Versailles bis Pearl Harbor. Aber ganze Bereiche werden ausgespart, so der Hintergrundeinfluß der Hochfinanz besonders in den USA, der Einfluß der Freimaurer und der Einfluß des Widerstandes und seiner Einwirkungen, der ohne Hinweis nur am Rande erwähnt wird.

Aus den nicht zitierten Werken von F. Becker, C. Dall. F. Hesse, H. Fish, D. Hoggan, D. Kluge, O. Meissner, A. Seidl, H. Stern, V. Suworow, U. Walendy würde das beim Verfasser Fehlende zu einer ausgewogenen Darstellung beitragen.

Die Darstellung beginnt mit dem Frieden von Brest-Litowsk vom 9.2.1918, der erstmaligen Anwendung des von Wilson in 14 Punkten formulierten Selbstbestimmungsrechtes der Völker mit der Verselbständigung von Finnland, Estland, Livland und der Ukraine.

Die Vorgeschichte der Revolution in Deutschland vom 9.11.1918, welche die Annahme der diktierten Waffenstillstandsbedingungen erzwang, wird nicht dargestellt. Ebenso nicht die Rolle Erzbergers, der einen pessimistischen Gesamtbericht zur Lage von Kaiser Karl und Außenminister Graf Czernin bekannt gemacht hatte, der zum Sturz von Reichskanzler Bethmann-Hollweg am 14.7.1918 führte und zum Kommentar der "Times":

> "Danach noch mit Deutschland zu verhandeln, wäre heller Wahnsinn gewesen".

Die Bedeutung der Revolution als "Dolchstoß" wird in Anmerkung 37 deutlich.

Bereits im Dezember 1919 wird von Reichskanzler Bauer (SPD) ein Kriegsschuldreferat und 1921 durch das Auswärtige Amt die "Zentralstelle für die Erforschung der Kriegsursachen" gegründet. In der BRD geschah und geschieht praktisch das Gegenteil mit dem Nichtinfrage-Stellen der von den Siegern von 1945 verordneten Kriegsschuld. Ebenso geschieht das Gegenteil zu der damals von den Siegern geforderten Auslieferung der "Kriegsverbrecher", die am Protest der Deutschen scheiterte.

Die Erlebnisse und Erfahrungen Hitlers im Vorkriegs-Wien, die zur Bildung der NS-Bewegung führten, bleiben unberücksichtigt.

Die "alten Kämpfer" der NS-Bewegung und Partei waren zumeist Front- und Freikorpskämpfer, von denen viele bis 1945 hohe Positionen eingenommen haben.

Die Weltwirtschaftskrise vom Schwarzen Freitag am 24.10.1929 war die Folge von Übernahmespekulationen durch die Hochfinanz der Federal Reserve Bank. Roosevelt wurde von den gleichen Kräften zum Präsidenten "gemanagt", wie, das beschreibt C. Dall. Die wichtigsten Regierungsämter wurden mit Baruch, Frankfurter und Morgenthau besetzt.

Falsch ist, die Vereinigung mit Österreich (S. 119) und die Errichtung des Protektorates Böhmen und Mähren als Annexion zu bezeichnen. In der nicht protokollierten Rede Hitlers am 5.11.1937, dem "Hoßbachprotokoll" (Kluge 1980), ist im bei Kluge abgedruckten Dokument 386-PS von

> "Angriff gegen die Tschechei und Österreich"

die Rede. Das Dokument ist gefälscht. Die Dokumentenzulieferungszentrale PS ist als Fälschungszentrale bekannt.

Nach dem Dienstantritt Roosevelts am 4.3.1933 verschärfte sich der deutschfeindliche Tenor in den Medien der USA, aber auch Englands und Frankreichs. Am 24.3.1933 erschien in der Presse die erste jüdische Kriegserklärung, obwohl bis dahin keinerlei Beeinträchtigung der Juden in Deutschland geschehen war (H. Stern 2000). 1936 wurde von Samuel Untermeyer der "Anti-Nazi-Rat" gegründet, der zum "Focus" erweitert und weltweit vergrößert wurde (S. 141). Churchill, Mitglied des "Focus", wurden von dort seine dauernden Schulden erstattet. Bemerkenswert, daß er schon 1927 von seinem Freund Baruch am Schwarzen Freitag zum Zuschauen in der New Yorker Börse eingeladen wurde.

Nach den Vorgängen im Fernen Osten bis zum Jahr 1937 (S. 160–201) wird der Anschluß Österreichs behandelt. Dieser wurde eingeleitet durch die Einladung Schuschniggs nach Berchtesgaden, da

> "Schuschnigg angesichts der veränderten außenpolitischen Lage nunmehr zu einer Verständigung mit der Reichsregierung geneigt sei" (Meissner, S. 447).

Am 12.2.1938 wurde ein Übereinkommen erzielt,

> "das von Schuschnigg, wenn auch unter dem Druck der politischen Lage, so doch aus freiem Entschluß unterzeichnet wurde".

Er versicherte wiederholt, kein grundsätzlicher Gegner des Anschlusses zu sein (O. Meissner 1950, S. 447). Von ultimativen Forderungen und militärischen Drohungen berichten Meissner u.a. nicht. Noch am 6.3. sagte Schuschnigg im Rundfunk:

> "Die deutsche Nation ist aber kein Verein, in den man eintreten und aus dem man austreten kann, sondern eine Schicksalsgemeinschaft."

Die von Post im Buch erwähnten nationalsozialistischen Revolutionen Ende Februar gab es nicht. Sie fanden erst am 12.3. statt ("Graz, Stadt der Volkserhebung"). Noch am 11.3. hielt Hitler daran fest, das Österreichproblem mit Schuschnigg auf dem Verhandlungswege

zu lösen und noch am selben Tag hatte er den Reichsinnenminister Frick beauftragt, juristische Möglichkeiten einer Personalunion der beiden Staatsoberhäupter von Deutschland und Österreich zu finden.

Nach der Verschärfung der Lage der Sudetendeutschen suchte Henlein am 28.3.1938 Hitler in Berlin auf. Aber statt in ADAP Dok. 107:

> "Die SDP muß ihre Zersetzungsarbeit fortsetzen, sie muß der tschechischen Regierung unannehmbare Bedingungen stellen"

steht im Besuchsprotokoll:

> "Es sei Sache der SDP, der tschechoslowakischen Regierung diejenigen Forderungen aufzustellen, deren Erfüllung sie zur Erlangung der von ihr gewünschten Freiheiten für notwendig erachtet" (Domarus 1988, S. 838).

Der Unterschied zwischen beiden Wortlauten kann nur in einer Fälschung der ADAP vor ihrer Rückgabe liegen. Infolge der von Halifax angeregten tschechischen Generalmobilmachung führten die Verhandlungen von Chamberlain mit Hitler zur Vorlage eines deutschen Memorandums, welches das englische Kabinett und die tschechische Regierung als unannehmbar bezeichneten. Doch die Lage wurde durch Mussolinis Konferenzvorschlag gerettet, aber: 240.000 Sudetendeutsche waren in das Reich geflüchtet, 20.000 waren als Geiseln genommen und mindesten 12 wurden standrechtlich erschossen, was nicht von Post erwähnt wird.

Ein kurz darauf sich begebendes folgenschweres Ereignis, das an den Mord von Sarajewo erinnert, war der Mord am Angehörigen der deutschen Botschaft in Paris, vom Rath, am 9.11.1938. Hier klaffen wieder Dokumente des IMT mit den wahren Vorgängen, wie sie von Ingrid Weckert 1981 veröffentlicht wurden, auseinander. Die Autorin wies nach, daß der Befehl von Heydrich am 10.11. um 1.20 Uhr (IMT Bd. 31, Dok. 3051-PS) nach Gesprächen mit Hitler und Himmler, wonach Brände von Synagogen und Zerstörungen jüdischer Geschäfte erlaubt gewesen sein sollen, gefälscht ist und daß keine Reichs- und Parteistelle, auch Goebbels nicht, Befehle dazu erteilt hat.

Auch zur Errichtung des Protektorates Böhmen und Mähren nach dem Abfall der Slowakei gibt es Korrekturen an Posts Darstellungen. Ein Protektorat ist ein nach wie vor selbständiges Völkerrechtssubjekt, das nur Teile seiner Souveränität an eine Schutzmacht abgegeben hat, hier das Außen- und Verteidigungsressort. Über die Slowakei wurde kein Protektorat errichtet. Auch die Abtretung des Memelgebietes erfolgte nicht auf deutschen Druck, sondern durch freies Angebot Litauens.

Ebenfalls gibt es in der unmittelbaren Vorgeschichte des Krieges mit Polen Unstimmigkeiten. So ist der Schmundt-Bericht über die nicht protokollierte Rede Hitlers am 23.5.1939 – eines der Schlüsseldokumente des IMT – erst am 11./12.11.1939 von Schmundt aufgezeichnet worden. Er ist im IMT (Bd. 37, Dok. 079 L) und gleichlautend in ADAP (Bd. D VI, Nr. 433) abgedruckt (Anm. 57 bei Post). Er ist aber gefälscht. Damit ist die Fälschung in ADAP vor Rückgabe der Akten offensichtlich. Auch die nicht protokollierte Ansprache Hitlers am 22.8.1939 mit der Mitteilung des Kriegsentschlusses gehört zu den gefälschten Schlüsseldokumenten.

Die deutsche Absicht, einen Krieg mit Polen zu vermeiden, geht aus dem Auftrag Hitlers an den Danziger Gauleiter Forster vom 19.7. hervor, Burckhardt, dem Völkerbundkommissar für den Freistaat Danzig, vorzutragen:

> "Das Danzigproblem kann warten, wenn die Polen keine Dummheiten machen".

Am 11.8. erklärte Hitler Burckhardt persönlich:

> "Wenn die Polen Danzig in Ruhe lassen, ... dann kann ich warten". (Burckhardt 1960, S. 320.)

Diese entscheidende Mitteilung fehlt bei Post, obwohl Burckhardt 1960 im Literaturverzeichnis zitiert ist. Auch die Rücknahme des Angriffsbefehls für den 26.8. in Kenntnis des polnisches Beschlusses zur Generalmobilmachung,

> "weil er Zeit zum Verhandeln brauche",

spricht für diese Absicht. Der deutsche Einmarsch erfolgte erst nach der polnischen Generalmobilmachung am 30.8., obwohl das Faß durch die genozidären Verfolgungen der Volksdeutschen in Polen und durch provokante Vorfälle an der Reichsgrenze bereits am Überlaufen war. Hitler:

> "Ich kann es nicht zulassen, daß meine Deutschen wie das Vieh abgeschlachtet werden."

Mussolinis Konferenzangebot wurde durch die falsche Mitteilung von Halifax an Ciano, auch die Franzosen hätten das Angebot abgelehnt, zunichte gemacht (D. Hoggan 1976, S. 780). Und auch der allerletzte deutsche Versuch, den Krieg zu vermeiden, fehlt bei Post. Am Abend des 1.9. beauftragte Ribbentrop den der deutschen Botschaft in London angehörenden Dr. F. Hesse:

> "Bitte gehen Sie sofort zu Ihrem Vertrauensmann ... und erklären Sie ihm folgendes: Der Führer ist bereit, aus Polen wieder herauszugehen und Schadenersatz für den bereits angerichteten Schaden anzubieten, unter der Voraussetzung, daß wir Danzig und die Straße durch den Korridor erhalten, wenn England im deutsch-polnischen Konflikt die Vermittlung übernimmt" (F. Hesse 1953, S.210).

Das war de facto die Im-voraus-Annahme des am nächsten Tage folgenden englischen Ultimatums. Aber Wilson (England) lehnte ab. Damit nahm das Schicksal seinen Lauf.

Zur Vorgeschichte des Hitler-Stalin-Paktes wird von V. Suworow (1994) die Konferenz im Politbüro am 19. 8. 1939 dargestellt, die eine auf 2 Jahre abgestellte Generalmobilmachung war mit gewaltiger Aufrüstung. Da-

mit waren von V. Suworow 1989 die Einzelheiten des Aufmarsches offengelegt, warum der Angriff der UdSSR 1941 beginnen mußte. Für den Angriff am 6.7.1941 waren 250.000 Mann NKWD-Truppen bereitgestellt, die in Europa nach dem Modell von Katyn zu verfahren gehabt hätten. Die Erkenntnis Suworows ist:

> "Aber Hitler hatte Stalin durchschaut, und das ist der Grund dafür, weshalb der 2. Weltkrieg ein so nicht erwartetes Ende nahm. Er [Stalin] hat nur das halbe Europa bekommen."

Aber noch am Ende des Frankreichfeldzuges wurden 35 deutsche Divisionen demobilisiert, als bereits 160 hinter der Grenze befindliche russische Divisionen erkannt worden waren.

Den letzten Teil des Buches von Post nimmt die Vorgeschichte des Kriegsbeginns USA-Japan ein. Roosevelt war der Kriegstreiber, der Japan zum Überfall auf Pearl Harbor am 7.12.1941 herausgefordert hat.

In der Zusammenfassung wird das Geschehen in Europa so dargestellt, als sei Hitler mindestens teilschuldig an den auf Versailles folgenden Änderungen, was so nicht richtig ist.

Daß Hitler den Krieg vermeiden wollte, geht aus den richtigen Gesamtdarstellungen von D. Hoggan und U. Walendy hervor. Aus Platzmangel muß hier auf viele weitere Einzelheiten verzichtet werden.

Die Rolle von Halifax wird sehr geschönt gesehen. Nach Vansittard war er der Hauptschuldige am Kriege. Nach Ablehnung des Ultimatums sagte er:

> "Jetzt haben wir Hitler zum Kriege gezwungen..."

Während der Vertrag mit der UdSSR von Deutschland ehrlich gemeint war

> (so Ribbentrop: "Die Abmachungen waren von uns auf die längste Dauer als dauernder Ausgleich gedacht."),

wurde der Vertrag von Stalin mit Betrugsabsichten geschlossen:

> "Ich habe ihn [Hitler] überlistet."

Wenn Post schreibt (S. 640):

> **"Auf Grund der Dokumentenlage ist bis heute nicht zweifelsfrei zu entscheiden, was Stalin ... im Sommer 1941 wirklich vorhatte",**

so ist das zweifellos falsch. Die gewaltige Aufrüstung und der größte Aufmarsch, den die Weltgeschichte je sah, zwang zum deutschen Präventivschlag, der das halbe Reich vernichtete, aber das halbe Europa vor dem Bolschewismus bewahrte. Der Verteidigungskampf der deutschen Soldaten war ein Nibelungendrama sondergleichen. Unsere politische Klasse hat immer noch nicht begriffen, daß sie nur durch das Heldentum der deutschen Soldaten vor dem Gulag bewahrt wurde.

Prof. Dr. Helmut Schröcke

Literatur:

ADAP. Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik. Aus dem Archiv des Auswärtigen Amtes 1950 ff.

Becker, F.: "Im Kampf um Europa. Stalins Schachzüge gegen Deutschland und den Westen", Graz/Stuttgart 1991.

Dall, C.: "Amerikas Kriegspolitik. Roosevelt und seine Hintermänner", Tübingen 1975.

Domarus, M.: "Hitlers Reden 1932–1945", Leonberg 1988.

Hesse, F.: "Das Vorspiel zum Kriege", Leoni 1979.

Hoggan, D.: "Der erzwungene Krieg", 10. Aufl., Tübingen 1976.

Fish, H.: "Der zerbrochene Mythos. Roosevelts Kiegspolitik 1933–1945", Tübingen 1982.

Kluge, D.: "Das Hoßbachprotokoll. Ddie Zerstörung einer Legende", Leoni 1980.

Meissner, O.: "Staatssekretär unter Ebert, Hindenburg und Hitler", Hamburg 1950.

Schröcke, H.: "Kriegsursachen, Kriegsschuld des 2. Weltkrieges", Viöl 2001.

Stern, H.: "Jüdische Kriegserklärungen an Deutschland", München 2000.

Suworow, V.: "Der Eisbrecher. Hitler in Stalins Kalkül", Stuttgart 1989.

Suworow, V.: "Der Tag M", Stuttgart 1994.

Walendy, U.: "Wahrheit für Deutschland", Vlotho 1965.

Demokratische Wasserträger:

Auf der einen Seite der Druck der Wahrheit,
auf der anderen der Zwang des politischen Systems,
geht es ihnen um die feige Ausgewogenheit
zum Wohle der eigenen Interessen.

Lisbeth Grolitsch

Huttenbriefe
für Volkstum, Kultur, Wahrheit und Recht

Hauptschriftleitung: Lisbeth Grolitsch

Eigentümer, Herausgeber und Verleger:

Für die BR-Deutschland:

FREUNDESKREIS ULRICH VON HUTTEN e. V.
Postanschrift: D-63811 Stockstadt, Postfach 43. Kein gewerbliches Unternehmen. Jahresgebühr €21,--, Einzelstück Eur 3,50. Spendenkonto: Bankhaus Reithinger KG, Kto.-Nr. 206580, BLZ 69230010. Die Bezugsgebühr ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Sämtliche Zuschriften sind zu richten an: FREUNDESKREIS ULRICH VON HUTTEN e. V., 63811 Stockstadt, Postfach 43.

Für Österreich:

DEUTSCHES KULTURWERK EUROPÄISCHEN GEISTES, A-8020 Graz, Strauchergasse 23. Kein gewerbliches Unternehmen. Jahresgebühr €21,--, Einzelstück €3,50. Spendenkonto: Stmk. Sparkasse, Kto.-Nr. 4000-600-504, BLZ 20815. Die Bezugsgebühr ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Richtung: Für deutsche Kultur. Weltanschauliche Wertung auf der Grundlage naturgesetzlicher Lebensordnung. Volktreu.
Druck: Eigener Druck. * Nachdrucke aus den HUTTENBRIEFEN bedürfen der Genehmigung durch die Schriftleitung der HUTTENBRIEFE. Bei Nachdruck ist der Schriftleitung ein kostenloses Belegexemplar zuzusenden. *
DVR-Nr. 0667862.

Vom politischen und geistigen Widerstandswillen der Volksstaaten Europas gegen die Globalisierung

> "Die gewaltigen Kräfte, die da wirken, werden die Welt verändern wie nie zuvor; und die Konzerne treiben diesen Wahnsinn immer schneller voran. Hilflos schauen die Nationalstaaten zu, nach und nach verlieren sie ihre Macht an die wahren 'Global Players'." ("Der Spiegel", Hamburg, Ausgabe 39/1996.)

Mit den wenigen Worten über Auswirkungen der sogenannten Globalisierung werden die unterschiedlichen Positionen in diesem Spiel klar angesprochen. Auf der einen Seite stehen die Nationalstaaten, die Völker und somit der Großteil aller Menschen, auf der anderen Seite stehen die internationalen Konzerne, das spekulative Kapital, die Herrscher über die Finanzmärkte. Damit ist auch das Thema umrissen; allerdings wird es im Folgenden vorwiegend um die Lage der europäischen Völker gehen.

Globalisierung – was ist unter diesem Schlagwort , spätestens seit Mitte der 90er Jahre in aller Munde, zu verstehen? Kurz gefaßt ist Globalisierung

> "die weltumspannende Verflechtung des Wirtschaftslebens, die zur Herausbildung eines einzigen, den gesamten Erdball umfassenden Marktes führt",

so das "Harenberg Jahrbuch aktuell 2001". Das bedeutet nichts anderes, als den Anspruch auf Weltherrschaft!

Geschichte der totalen Liberalisierung seit dem II. Weltkrieg

Zwar ist der Begriff der Globalisierung noch jung; die Absicht, die Völker weltweit zu beherrschen, ist jedoch sehr alt und unter anderem religiös begründet. Ungefähr mit der Industrialisierung, ab dem 19. Jahrhundert, treten die Ideologien des Liberalismus, Kapitalismus oder Kommunismus auf den Plan und breiten sich gezielt aus. Der Weg, den die Strategen des totalen Liberalismus seit 1945 zurückgelegt haben, läßt sich an Hand einiger markanter Meilensteine recht gut nachvollziehen; auf die Entwicklung vor dem II. Weltkrieg wird hier nicht weiter eingegangen.

Wesentlich ist sicherlich die Gründung des Internationalen Währungsfonds (IMF) und der Weltbank (IBRD) im Jahre 1944. Beide sind Sonderorganisationen der am 26.6.1945 gegründeten Vereinten Nationen (UNO). Während der IWF die Aufgabe hat, das internationale Währungssystem und die Leistung von Entwicklungshilfe zu überwachen, ist es das Ziel der Weltbank, die wirtschaftliche Entwicklung in den mittlerweile 184 Mitgliedstaaten zu fördern. Seit dem Jahr 2000 hat man jedoch die Rollen etwas vertauscht. ("Süddeutsche Zeitung", München, 31.5.2000.)

Nahezu zeitgleich werden 1947 das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen GATT und 1948 die Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit OEEC ins Leben gerufen. Ziele sind jeweils die völlige Liberalisierung des Warenhandels, die Multilateralisierung des Zahlungsverkehrs sowie die Ausarbeitung von Empfehlungen für die Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten. Aus der OEEC wird 1961 die OECD, die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung; in ihr sind die weltweit führenden Industriestaaten zusammengeschlossen. Ein besonders erlesener Kreis daraus trifft sich seit 1975 im Rahmen der G7/G8-Gipfel. Weitere Meilensteine sind 1956 die IFC (International finance cooperation) oder die UNCTAD im Jahre 1964.

Eine neue Qualität der finanzwirtschaftlichen Einflußnahme auf die Politik wird 1985 mit Gründung der Multilateralen-Investitions-Garantie-Agentur, kurz MIGA genannt, eingeläutet. Dabei geht es der Weltbank-Tochter um die Sicherung privater Investitionen in Entwicklungsländern.

In den Abkommen über handelsrelevante Investitionsmaßnahmen TRIMS wird 1994 die Schaffung positiver Rahmenbedingungen für grenzüberschreitende Investitionen vereinbart. Mehr und mehr müssen sich die mittlerweile über 135 Mitgliedstaaten dazu verpflichten, finanzielle Garantieleistungen zu übernehmen und wirtschafts- und sozialpolitische Reformen in die Wege zu leiten.

Im Jahre 1995 wird die Welt- Handelsorganisation (WTO) Rechtsnachfolgerin des GATT. Den Zielen, Förderung und Überwachung des Welthandels und Bekämpfung des Protektionismus, wird durch Einrichtung einer verbindlichen Schiedsstelle Nachdruck verliehen. Gleichzeitig werden die Vereinbarungen über den Handel mit Dienstleistungen, GATS verfaßt, die bis zum Jahre 2005 endgültig abgeschlossen sein sollen.

Die im Rahmen der OECD in den Jahren 1995 bis 1998 erarbeiteten Grundlagen über ein Multilaterales Abkommen zum Schutz von Investitionen (MAI) werden zum Teil weltweit kritisiert und können vorerst nicht in dieser Form durchgesetzt werden. Die Ziele des MAI werden nun über TRIMS, GATS und TRIPS, also über die Ausweitung bereits bestehender Abkommen verfolgt.

Am 14. Dezember 1999 richtet der Deutsche Bundestag eine Enquete-Kommission zum Thema: Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten ein. Das 620-seitige Ergebnis liegt seit Juni 2002 vor und ist letztlich eine halbherzige Kritik bei allgemeiner Zustimmung!

Der Entwurf des MAI

Der Entwurf des MAI zeigt besonders deutlich auf, was die Verwirklichung der Globalisierung bedeutet. Deshalb werden wesentliche Inhalte des Vertragsentwurfes kurz im einzelnen ausgeführt:

Gemäß Präambel ist das Regelungsziel: Schaffung von gerechten und transparenten Vorschriften für Kapitalanlagen im Welthandelssystem durch Vereinbarung eines umfassenden multilateralen Rahmenwerkes mit hohen Liberalisierungs- und Schutzstandards sowie mit wirksamen Streitbeilegungsverfahren unter dem mittelfristigen Anspruch globaler Geltung. Die Vereinbarungen von Rio und Agenda 21, von Kernarbeitszeiten nach ILO oder OECD-Richtlinien für multilaterale Unternehmen werden erwähnt, sind aber nicht bindender Teil des Abkommens.

Geltungsbereich wäre das gesamte Hoheitsgebiet der Vertragsstaaten; gelten sollte es für jede Art von Investor, d.h. für natürliche oder juristische Personen, die ihren ständigen Sitz in einem der Unterschriftsländer haben und für jede Art von Kapitalanlage.

Das Abkommen verpflichtet die Staaten zu Transparenz gegenüber den Investoren, d.h. zu einem offenen Wettbewerb der Staaten um Investitionen; aber keineswegs umgekehrt: die Kontrollmöglichkeit des Empfängerstaates gegenüber dem Investor wird stark eingeschränkt. Ausländische Investoren müssen untereinander gleich behandelt und mindestens so gut gestellt werden wie inländische.

Dem Investor wird praktisch eine unbeschränkte Geschäftspolitik eingeräumt: ihm darf nicht vorgeschrieben werden, ob er benötigte Waren oder Dienstleistungen importiert; er ist weiter frei im Im- und Export von Devisen, der Empfängerstaat kann keine inländische (Mindest-)Beteiligung an Investitionen verlangen oder ein bestimmtes Maß an Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen im Empfängerstaat. Es darf auch nicht vorgeschrieben werden, eine bestimmte Quote von Inländern zu beschäftigen. Solche Ziele dürfen lediglich noch mit Subventionen erkauft werden.

Ein Abschnitt beschäftigt sich mit dem Schutz von Kapitalanlagen: er beinhaltet das Verbot von Enteignung und Verstaatlichung; Entschädigung des Investors bei Krieg, Notstand oder Bürgerkrieg; der Investor darf zu keinem Zeitpunkt gehindert werden, sein investiertes Vermögen in Form von konvertierbarer Währung außer Landes zu schaffen. Außerdem ist dem Investor die Freiheit der Datenverarbeitung und die grenzüberschreitende Informationsübermittlung garantiert.

Das Abkommen sieht Schiedsverfahren vor einem einzurichtenden internationalen Schiedsgericht vor, das keiner demokratischen Kontrolle unterliegt. Der Investor kann vor diesem den Gaststaat verklagen, ohne daß die Staaten ihrerseits dort eine Klagemöglichkeit gegen den Investor hätten. Beugt sich ein Empfängerstaat dem Schiedsspruch nicht, sind auch Sanktionen möglich, wodurch die Unternehmen ein bisher ungekanntes Instrument zur Durchsetzung ihrer Interessen an die Hand bekämen. Betroffene Dritte oder interessierte Gruppen hätten wegen der Geheimhaltung keinerlei Einsichts- oder Informationsrechte. Gleichwohl wären die Urteile bindend, und es gäbe keine Berufungsmöglichkeit. Der Vertrag sieht auch kein internationales Haftungs- oder Wettbewerbsrecht vor, das die ungleiche Verteilung von Rechten und Pflichten abschwächen könnte.

Das Abkommen schützt auch sämtliche Finanzdienstleistungen. Damit bevorzugt es reine Finanzinvestitionen und Spekulationsgeschäfte.

Ein Mitgliedsstaat dürfte weiterhin seine Steuerpolitik betreiben, so weit diese nicht als indirekte Enteignung angefochten werden kann. Möglichkeiten, einzelne Wirtschaftsbereiche aus dem Abkommen auszugliedern, werden stark eingeschränkt.

Und damit alle wissen, woran sie sind, müssen sich die Staaten zu einer Vertragsdauer von mindestens 10 Jahren verpflichten; nach einem eventuellen Austritt gelten die Vereinbarungen darüber hinaus noch weitere 5 Jahre!

Angesichts des MAI-Entwurfes und der täglichen politischen Realität klingen die Verheißungen der Befürworter der Globalisierung wie purer Hohn: Die Globalisierung schaffe Arbeitsplätze durch

- **Privatisierung** (der Sozialstaat ist zu teuer und zu uneffizient),
- **Liberalisierung** (Konkurrenz bringt Vorteile für den Kunden, die Entwicklungsländer könnten vom internationalen Markt profitieren),
- **Deregulierung** (Löhne sind zu hoch, zu viel staatliche Einmischung in der Wirtschaft, fehlende Investitionsanreize).

Darüber hinaus bringe die Globalisierung Vielfalt in die Welt; und außerdem sei die Globalisierung ohnehin nicht steuerbar und schon gar nicht abzuwenden; sie sei Naturgesetz.

Der totale Liberalismus und die Rolle der Politik

Die Globalisierung stellt also keine neue Ideologie dar, sie ist vielmehr ein Instrument des totalen Liberalismus. Der Ausdruck "total" ist ganz bewußt verwendet; denn während der in diesem Zusammenhang häufig verwendete Begriff des Turbo-Kapitalismus oder Neo-Liberalismus eher positiv und beschönigend wirkt, muß wohl deutlich gemacht werden, daß neben einem totalen Liberalismus kein Platz mehr für etwas anderes bleibt. Weder für soziale Verantwortung, noch für Kultur und schon gar nicht für den Schutz des Einzelnen: kein Recht

auf umfassende Erziehung und Bildung, kein Recht auf Ausbildung und Arbeit, kein Recht auf freie politische Mitbestimmung! Deshalb: totaler Liberalismus!

Seit Beginn der Diskussion um die Globalisierung ängstigen sich Politiker aller Couleur, Politologen, Journalisten und viele andere um unsere parlamentarische Demokratie und unsere soziale Marktwirtschaft. Schlagzeilen wie:

> "Ist die Demokratie ein Auslaufmodell?" ("Abendzeitung", 27.12.1997),
> "Gefangene im globalen Netzwerk" ("Süddeutsche Zeitung", 31.7.1999) oder
> "Wir müssen die Demokratie neu erfinden" ("Tageszeitung", 29.6.2002)

erwecken den Eindruck von Hilflosigkeit und/oder mangelnder Kompetenz. In das selbe Horn stößt z.B. auch Edmund Stoiber laut "Tageszeitung" vom 30.3.2000:

> "[Er] sieht die soziale Marktwirtschaft bedroht. Große Gefahr geht nach [seiner] Überzeugung vom übermächtigen Einfluß der Wirtschaft aus. Mit der Globalisierung schwappe die amerikanische Aktionärskultur auf Europa über [...]. Das deutsche Gesellschaftsmodell, das Freiheit und soziale Verantwortung verbinde, gerate zunehmend unter Druck. Stoiber: 'Es ist ein Riesenproblem, wenn die Menschen spüren, sie bekommen keine Aktien der Infineon aber der Vorstand hat sich mit 250 Mio. bedient. Das entspricht nicht moralischen Maßstäben.'"

An dieser Stelle ist auf die eingangs skizzierte Entstehungsgeschichte der Globalisierung zu verweisen und festzustellen: Es sind genau die Politiker vom Schlage eines Kohl, Strauß, Genscher, Lambsdorff, Schröder oder Stoiber, die die Machtübernahme des Diktats der Wirtschaft in die Wege geleitet haben. Sie haben dies bewußt getan und damit ihren Regierungsauftrag und das deutsche Volk verraten! Und sie tun dies bis zum heutigen Tage ungeachtet anders lautender Äußerungen!

In ihrem Buch: "Die Globalisierungsfalle" stellen Hans-Peter Martin und Harald Schumann fest [S.18]:

> "Von der Freigabe des Devisenhandels über den europäischen Binnenmarkt bis zur fortwährenden Ausdehnung des Welthandelsabkommens GATT haben Regierungspolitiker der westlichen Industrieländer systematisch jenen Zustand selbst heraufbeschworen, mit dem sie nun nicht mehr fertig werden."

Dabei treibt diese Konsorten weit weniger die Sorge um Demokratie und soziale Marktwirtschaft als die Angst, öffentlich als Versager angeprangert und darüber hinaus zur politischen Ohnmacht degradiert zu werden.

Am Beispiel des Irak-Krieges war die Vorgehensweise der Globalisten einmal mehr deutlich zu erkennen: Die Forderung der USA lautete auf Einführung der Demokratie und der Marktwirschaft! Wesentlich ist jedoch die Einführung der Marktwirtschaft! Die Demokratie ist nur Mittel zum Zweck. Deshalb hat man mittlerweile eine willfährige Regierung eingesetzt, die nun angeblich demokratisch legitimiert, die Verträge zum Ausverkauf des Landes abschließt. Denn dazu ist Demokratie gut genug.

Der Angriff der Globalisten auf die Volksstaaten Europas

In der bisherigen Diskussion um die Globalisierung ist ein Gedanke von entscheidender Bedeutung. Es ist dies die Gegenüberstellung des sogenannten amerikanischen, bzw. englischen und des europäischen Modells. Sowohl Befürworter als auch Gegner der Globalisierung bemühen diesen Vergleich in besonderer Weise. Weshalb? Die USA gelten als Vorreiter und Beispiel für die Globalisierung; Europa, das heißt seine Staaten, gelten als ängstlich und konservativ bzw. der modernen Entwicklung hinterher hinkend.

Volker Leese schreibt hierzu unter dem Titel "Mach dich locker Deutschland" über eine Abhandlung des amerikanischen Ökonomen Paul Krugman in "Die Welt", Berlin, am 7.10.1999:

> "Krugmans Überlegungen sind das vorläufige Ende einer langen Reihe von amerikanischen Klagen über die 'Eurosklerose' des alten Kontinents. Europas Wirtschaft gilt als überreguliert, unterentwickelt und beherrscht von einer Ordnungswut, an dem der pragmatische Pionierwille von US-Investoren regelmäßig scheitert. [...] 4.900 Gesetze, 85.000 Einzelbestimmungen und etwa 50.000 Normen regeln das Leben jedes einzelnen bis ins Kleinste. Für Flexibilität bleibt klein Platz mehr. Vielen erscheinen solche Vorwürfe an die Adresse Europas oder Deutschlands als überzogen und unvereinbar mit den Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft. [...]
>
> Doch es geht nicht um nationale Befindlichkeiten oder um ein ideologisches Armageddon, das alle gewachsenen Strukturen Europas überrollen wird. Es geht um die einfache Frage: Was tun? Der Pragmatismus bietet tatsächlich Vorteile, denn er wendet sich ab von grundsätzlichen Lösungen und damit auch von eisernen Vorschriften der metaphysischen Tradition des Abendlandes. Pragmatische Theorien, so schrieb William James zu Beginn des Jahrhunderts, sind 'nicht mehr Antworten auf Rätselfragen', sondern geschmeidige 'Werkzeuge', die aus jedem Wort 'seinen praktischen Kassenwert herausbringen' müssen. Am Ende steht somit keine absolute Lösung von Problemen, sondern immer nur ein weiteres Programm für neue Arbeit."

Bei den nun folgenden Worten würde sicherlich kein Mensch auf die Idee kommen, daß sie von einem ehemaligen deutschen Bundespräsidenten stammen. In der "Süddeutschen Zeitung" vom 29.5.1999 schreibt Roman Herzog:

> "Zufrieden werden wir nur sein können, wenn wir von der nationalen Interessenpolitik der vergangenen Jahrhunderte zu einer Ära globaler Verantwortungspolitik gelangen. Im Augenblick sehe ich nur sehr wenige Nationen, die bereit sind, globale Verantwortung zu übernehmen. Den USA wird gelegentlich vorgeworfen, sie maßten sich eine Weltpolizistenrolle an. Aber ich erlaube mir die Frage: Was täten wir ohne die USA? Ich sehe auf der Weltbühne kaum jemanden außer den USA, der

bereit und in der Lage ist, globale Verantwortung zu übernehmen. Denken wir nur an die Notwendigkeit, in Menschenrechtsfragen oder bei der Suche nach friedlichen Konfliktlösungen – zum Beispiel im Nahen Osten – die Führung zu übernehmen. Was täten wir, wenn es die USA nicht gäbe? Wir müßten sie erfinden – oder uns selbst zum Handeln aufraffen. Die internationale Politik ist auf ihre Entscheidungsfähigkeit und Entscheidungsbereitschaft ebenso angewiesen wie die Weltwirtschaft auf ihre Dynamik. Es wäre wünschenswert, daß mehr Nationalstaaten solche Verantwortungsbereitschaft zeigen! Der Zustand der Globalität bedeutet ja keinesfalls, daß die Nationen von der Weltbühne zu verschwinden hätten oder die Einschränkung ihrer Souveränität als Prätext nutzen könnten sich aus ihrer Verantwortung hinauszustehlen. Noch haben wir die Nationen, ob wir wollen oder nicht. Wir sind in sie hineingeboren oder in sie hineinversetzt. Politologen sprechen mit Vorliebe von der Identität der Nationen. Das ist nicht ganz ungefährlich. Entscheidend ist, was wir mit Identität meinen. Abgrenzende, also negativ definierte Identität, mit der etwa die ethnischen Säuberer in Bosnien und im Kosovo ihre Verbrechen gegen die Menschlichkeit begründen? Oder mit positiver Substanz gefüllte Identität, wie die Grundwerte, zu denen die Staatsbürgernationen Europas sich bekennen? Die Antwort liegt auf der Hand: Nur von demokratischen Staatsbürgernationen kann man erwarten, daß sie sich vom Bewußtsein ihrer Verantwortung leiten lassen und bereit sind, ihr Verhalten an diesem Standard messen zu lassen."

Die Globalisierung bedeutet in der Tat die Übernahme des US-Systems, nicht nur wirtschaftlich oder finanzpolitisch gesehen, sondern auch im Hinblick auf das Sozialwesen, die Kultur usw.. Damit liegt klar auf der Hand, daß die Globalisierung ein direkter Angriff auf die Staaten und Völker Europas ist! Diesem Angriff steht Europa jedoch substantiell entgegen!

Während nämlich Amerika durch die beinahe Ausrottung der Indianer sozusagen entkulturisiert wurde und die USA heute tatsächlich ein völlig willkürliches System darstellen, dessen Machthunger genau so groß ist wie seine Ignoranz gegenüber Kultur und sozialem Verantwortungsbewußtsein, ist dies in Europa zumindest bislang anders.

In Europa gibt es kein Staatsvolk, sondern viele Völker; keine dezimierende Einheitssprache, sondern über 20 Muttersprachen; keine zusammengekleisterte Einheitszivilisation, sondern unterschiedlich ausgeprägte völkische Kulturen. Und es gibt ein nationales Bewußtsein, eine Solidarität, die sich gründlich vom Hurra-Patriotismus US-amerikanischer Prägung unterscheidet.

Die Gegensätze der europäischen Völker gegenüber dem US-Globalismus sind weniger von traditionell-konservativer als von substantieller Bedeutung. Das heißt, diese Unterschiede sind wesentlich, sie sind stofflich, sie sind Identität! Dies trifft weitgehend auch auf die Staaten zu, die sich verfassungsmäßig als Bekenntnis-Nation definieren, wie z.B. Frankreich.

Damit ist die Frontstellung klar, nicht jedoch der Ausgang des kriegerischen Angriffs. Der Ausgang dieses Kampfes, bezogen auf die Völker, hängt davon ab, wann die einzelnen Völker begreifen, daß sie durch die Globalisierung lediglich gegeneinander ausgespielt werden, wann sie begreifen, daß die Globalisierung ihre Sprache, ihr Brauchtum, ihre Kultur und auch ihre staatliche Souveränität ernsthaft bedroht. Denn Globalisierung bedeutet in der Tat und zwar tagtäglich nachvollziehbar:

- Verlust von Mundart und Sprache.
  Ungefähr 90% der gesamten Sprachen der Erde sind in diesem Jahrhundert vom Aussterben bedroht. Nur etwa 600 Sprachen gelten auf Grund von je über 100.000 Sprechenden als einigermaßen sicher. (Steven Pinker, "Der Sprachinstinkt", S. 301.) Mit der Sprache verliert der Mensch aber seine geistige Heimat, seine Wurzel. Durch den Einfluß der Globalisierung verflacht auch bei größeren Sprachgruppen das Sprachverständnis, die Ausdrucksfähigkeit, das Sprachempfinden.
- Brauchtum und Kultur werden durch Modetrends ersetzt; Bildung und Wissen zu aktuellen und gesteuerten Informationen herabgesetzt.

Gerald Boxberger und Harald Klimenta schreiben hierzu treffend (in: "Die 10 Globalisierungslügen", S. 153):

> "Wenn Journalisten, Manager, Politiker und Wissenschaftler, also diejenigen, die etwas zu sagen oder entscheiden haben, heute auf Reisen gehen, so beziehen sie ihre Informationen zumeist aus dem selben Informationsprogramm; CNN [...] Sie zahlen mit globalen Kreditkarten (z.B. Visa, American Express), lesen die gleichen Zeitungen (z.B. Financial Times, The Wall Street Journal) und nehmen das gleiche, als 'internationale Küche' bezeichnete Essen zu sich. Auch die Lebenssituationen des sogenannten 'Durchschnittsbürgers' laufen in den industrialisierten Ländern nach ähnlichen Mustern ab. Mittels Fernsehapparaten aus überwiegend japanischer Produktion werden global die gleichen – zumeist amerikanischen – Serien konsumiert, und es werden mittels Stereoanlagen die gleichen, für den weltweiten Konsum produzierten CDs gehört. Die Globalisierung hat keine Vielfalt befördert, sondern eine nach den immer gleichen Mustern ablaufende 'Madonna'-Ökonomie, in der Konsum-, Informations- und Kommunikationsgüter zusehends vereinheitlicht und nach der gleichen Markt- und Werbelogik produziert und verkauft werden."

- Die staatliche Souveränität wird z. B. vollständig ausgehöhlt und untergraben. Im Einzelnen heißt das: Verschleudern des Volkseigentums durch sogenannte Privatisierung! Ob es sich um die Post, die Bahn, um Bäder, Museen oder gar um Rathäuser handelt – hier verschleudern verantwortungslose Gesellen Werte, die in Jahrzehnten und Jahrhunderten durch das Volk erarbeitet wurden! So werden in Deutschland mittlerweile Rathäuser an US-Investoren verkauft und von den Gemeinden zur Benutzung geleast! Letztlich ist es der Bürger, sind es die kommenden Generationen, die die Zeche bezahlen müssen!

Dem einzelnen Arbeiter oder Angestellten, auch mittelständischen Betrieben wird eine ungeheure Steuerlast aufgebürdet, während die international tätigen Großkonzerne nichts bezahlen oder sogar noch Geld herausbekommen!

Das bestehende Sozialsystem wird durch Mißwirtschaft und Zweckentfremdung völlig aufgelöst! Und die Zwangsverpflichtung und Entmündigung der Völker wird in multilateralen Abkommen vorangetrieben!

- Gleiches gilt auch in der Rechtsprechung. Die Verlagerung der Kompetenzen des Bundesverfassungsgerichtes nach Brüssel zum Europäischen Verfassungsgericht ist politisch gewollt und erst der Anfang:1993 und 1998 hat das Bundesverfassungsgericht seine eigene Entmachtung per Urteil besiegelt.

Erste Anzeichen eines allgemeinen Unbehagens

Insgesamt gesehen ist festzustellen: In dieser Konsum- und Finanzdiktatur werden die grundlegenden Bedürfnisse der Menschen und Familien nur sehr vordergründig und unvollständig befriedigt. Das Sehnen nach Zugehörigkeit und Geborgenheit, nach Verstehen und Verstanden-Werden, nach Übereinstimmung zwischen den inneren Empfindungen und dem alltäglichen Erleben, und nicht zuletzt das heimatliche und nationale Empfinden bleiben auf der Strecke.

Vom Standpunkt der Evolution her gesehen, bedeutete der Vollzug des totalen Liberalismus die Auflösung eines Millionen Jahre langen Werdeganges des Lebens.

Dieses ganze Spektakel geht allerdings nicht spurlos an den Menschen vorbei! Wen wundert's also, daß die vor-geschauspielerte geistige und sittliche Leere ein Vakuum ist, das nicht nur in Deutschland zu wahrnehmbaren Phänomenen führt; sie sind erste Anzeichen eines wachsenden Widerstandsbewußtseins gegen die Systempolitik.

Hartmut Wilhelm

(Wird fortgesetzt.)

Brief Hermann Görings an seine Frau, den er in Nürnberg im November 1945 schrieb:

"Ich schreibe diesen Brief schon heute vor dem Prozeß, weil ich weiß, daß dieser Prozeß nur dazu gemacht wird, um die Führerschaft zu vernichten und vor allem auch unser persönliches Ansehen zu zerstören; wir sollen aller Welt als gemeine Verbrecher gezeigt werden. Das mag zur Zeit möglich sein, da unser Volk gedemütigt, zerrissen und zerschlagen ist, aber einst wird die Geschichte auch dieses Gerichtsurteil kassieren, und die absolute Wahrheit wird kommen."

Hermann Göring

(Fortsetzung von Seite 4.)

üben, mit den bezeichnenden Worten: *"Wir müssen unserem Freunde Stalin eine kleine Aufmunterung geben."* Aber schon als Marineminister im 1. Weltkrieg, im Februar 1915 (wenige Monate vor seinem Rücktritt), hatte derselbe Winston Churchill zu einem Vertreter des Pariser "Matin" geäußert: *"Ich werde Deutschland an der Kehle würgen, bis sein Herz aussetzt..."*

Der englische Historiker F. J. P. Veale sieht in seinem Buch "Der Barbarei entgegen" (Hamburg 1954, Seite 102) die Möglichkeit gegeben, daß Stalins Mordvorschlag *"etwas in Mr. Churchill angerührt"* haben könnte, was ihn sich vielleicht erinnern ließ, *"daß er Europäer war ..."* Doch uns will wahrscheinlicher und viel naheliegender erscheinen, daß er sich lediglich an die rund 15.000 polnischen Offiziere in Katyn erinnerte, die sein Verbündeter Stalin bereits 1940 hatte abschlachten lassen. Diese waren nun, weiß Gott, allesamt keine Nazis gewesen, und so mußte er sich wohl fragen, was geschehen würde, wenn nach einem Zusammenbruch der deutschen Abwehrfront im Osten die Sowjets plötzlich am Atlantik stünden? Daß es in diesem Fall für England kein zweites Wunder von Dünkirchen geben würde, dürfte ihm auf dem Teheraner Bankett mit Sicherheit klar geworden sein. Und so hing seine "humane Anwandlung" wohl weniger mit seinem Empfinden als Europäer als vielmehr mit seinem britischen Selbsterhaltungstrieb zusammen. Freilich, Franklin D. Roosevelt plagten die Ängste und Sorgen seines Kollegen von der Insel kaum, und so konnte er schon am zweiten Tag nach Abschluß der Teheran-Konferenz an den *"sehr geehrten Marschall Stalin"* schreiben:

"Ich eile, Ihnen meinen persönlichen Dank für Ihre Fürsorge und Gastfreundschaft [...] zu übermitteln. [...] Ich blicke mit größter Befriedigung auf diese bedeutsamen Tage unserer Begegnung zurück und betrachte sie als einen wichtigen Meilenstein in der Vorwärtsentwicklung [sic!] der Menschheit..."

In einem weiteren Brief vom darauffolgenden Tag (4.12.1943) fügte dieser "Vorwärtsentwickler der Menschheit", der längst vergessen zu haben schien, daß er Stalins *"Fürsorge und Gastfreundschaft"* nicht etwa bei diesem zu Hause, sondern auf *"nicht zu verletzendem"* iranischen Staatsgebiet genossen hatte, freundlicherweise hinzu:

"Unsere persönlichen Unterredungen haben mir viel Vergnügen bereitet." (Siehe: "Briefwechsel Stalins mit Churchill, Attlee, Roosevelt und Truman 1941–1945", Hütten & Loening, Berlin 1961.)

Gerd Zikeli

Bitte vormerken:

28. Gästewoche 2004
vom 15.–20. Oktober 2004